

Haushaltsrede Bündnis 90 / Die Grünen zum
Doppelhaushalt der Stadt Hochheim am Main
für die Jahre 2017 / 2018



Es gilt das gesprochene Wort

Sehr verehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Weltin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Westedt
sehr geehrte Damen und Herren des Magistrates und der Verwaltung der Stadt
Hochheim,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung,
meine Damen und Herren der Presse,
liebe Hochheimer Bürgerinnen und Bürger,

“Was lange währt, wird endlich gut”, ein Sprichwort, welches die Situation um die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2017/2018 für die Stadt Hochheim dieses Jahr abbildet. Lange hat es deswegen gedauert, weil die Kolleginnen und Kollegen der SPD und wir von Bündnis 90 / Die Grünen ausgangs des Jahres noch Beratungsbedarf sahen und uns das Tempo, welches Bürgermeister Westedt an den Tag legte, einfach zu hoch war.

Dies mag bei dem ein oder anderen Kopfschütteln und Unverständnis ausgelöst haben. Teilweise offen, teilweise hinter vorgehaltener Hand wurden wir für diese Haltung kritisiert bzw. diskreditiert. Das war schade und unnötig, denn eigentlich war die Zusammenarbeit in der bisherigen Wahlperiode über die Parteigrenzen hinweg kollegial und konstruktiv. Doppelmoralisch und unnötig empfinden wir dies, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, nachdem Sie selbst in der Haupt- und Finanzausschusssitzung letzten Donnerstag noch Erklärungsbedarf bezüglich „der Wirtschaftlichkeitsberechnung“ im Produkt Marketing hatten, in der Presse aber vollmundig angekündigt hatten, bereits vergangenes Jahr in der Lage gewesen zu sein, über den Haushalt abstimmen zu können. Ich denke, wir alle können von Haushalt zu Haushalt dazu lernen und müssen nicht den Finger heben, wenn andere Fraktionen noch Beratungsbedarf haben.

Dabei stimmte es, dass wir GRÜNE zu Beginn dieser 5 Jahre Kommunalpolitik nicht in der Lage waren, einen Haushalt zu lesen, geschweige denn ihn zu verstehen. Die bisherigen Haushaltsexperten unserer Partei hatten sich beruflich verändert oder sich in den politischen Ruhestand verabschiedet und standen selbst vor Ort nicht mehr zur Verfügung. Ein komplett neues Team hatte sich mit dem Zahlenwerk zu befassen und dies im Prinzip ohne Vorkenntnis.

So danken wir an dieser Stelle der SPD und Marcus Hesse, besonders jedoch Eric Müller und Astrid Weidmann von der FWG, die uns in die Materie hineinhalfen, erklärten und veranschaulichten. Dieser Einstieg war nicht nur hilfreich, sondern gepaart von gegenseitigem Vertrauen in die gemeinsame Sache, ohne dass wir deswegen in allen Punkten die gleiche Meinung vertreten. Ergänzt durch Fortbildungen haben wir uns das Rüstzeug angeschafft, um auch in diesem Bereich für unsere Stadt Verantwortung übernehmen zu können. Ein Prozess, der länger dauerte als gedacht, jedoch ehrlicher ist.

Erlauben Sie mir nun einen kleinen Exkurs: Aufgrund der defizitären Lage und Auflagen der Kommunalaufsicht zum letzten Doppelhaushalt weiß man, dass sich Hochheim in einer Haushaltskonsolidierungsgruppe auf ein parteiübergreifendes Konzept geeinigt hat, bei dem jede politische Vereinigung ihre Ideen und Vorschläge zur Konsolidierung einbrachte. Kurzum, es wurde ein für alle tragfähiger Kompromiss erarbeitet, bei dem jede beteiligte Fraktion Abstriche an Ihren Positionen machen musste. Deshalb ist die Sanierung des Hochheimer Haushaltes für die GRÜNEN nach wie vor ein aktuelles und wichtiges Thema. An der immer noch hohen Schuldenlast in Hochheim haben auch die aktuelle Niedrigzinsphase und sprudelnde Steuereinnahmen wenig geändert.

Meine Damen und Herren, aufgrund dieser nach wie vor bestehenden Situation und weil wir uns der in der Haushaltskonsolidierung erarbeiteten Kompromisse verpflichtet fühlten, hatten wir Änderungsanträge gestellt, die ich hier stellvertretend für meine Fraktion erläutern möchte:

Im Produkt Steuern, allgemeine Zuweisungen und Umlagen wollten wir von Bündnis 90 / Die Grünen einen moderaten Mittelweg gehen. Der Beschluss der HSK sah vor, die Gewerbesteuer auf 360% anzuheben. Eine Entscheidung, die mit Einbringung der Maßnahmen der Lenkungsgruppe Haushaltskonsolidierung am 17.07.2014 öffentlich entschieden wurde und damit auch allen hier ansässigen Firmen bekannt war. Somit hatten diese mehr als ein Jahr Zeit sich darauf einzustellen. Da der Magistratsvorschlag nun allerdings 350% vorsieht, sahen wir unseren Änderungsantrag mit 355% als einen fairen Mittelweg. Unsere Argumente für diesen Schritt möchte ich hier kurz erläutern:

Der Kreisschnitt des Gewerbesteuerhebesatzes im MTK liegt bei 356%. Dabei ist zu beachten, dass wir selbst mit 355% unter diesem Schnitt lägen und von den 12 Gemeinden des MTK den drittniedrigsten Hebesatz gehabt hätten. Einzig Schwalbach mit 350% und Eschborn mit 330% liegen darunter. Dass wir uns mit der Finanzkraft Eschborns nicht messen können, sollte allen hier Anwesenden klar sein.

Alle an uns angrenzenden Gemeinden liegen über dem von uns geforderten Satz, Flörsheim mit 360%, Bischofsheim mit 400%, Ginsheim-Gustavsburg und Rüsselsheim mit 420% sowie Wiesbaden mit 454%.

Eine Kommune in „näherer Umgebung“ mit ähnlich viel freier Gewerbefläche wie wir in Hochheim ist Eppstein. Der Hebesatz dort liegt bei 360%.

Aus unserer Sicht spricht somit nichts gegen die von uns geforderten 355%. Sollte eine Firma auf den niedrigsten Satz aus sein, muss sie nach Eschborn gehen. Ansonsten liegen wir - ob 350 oder 355% - sehr gut im Rennen! Firmen, die unsere Stadt als Firmensitz wählen, tun dies aufgrund unserer Standortfaktoren und nicht allein wegen des Gewerbesteuerhebesatzes.

Was hätte die Annahme dieser Forderung für Vorteile für die Stadt gebracht?

Wir würden uns - moderat - den Gegebenheiten der Lenkungsgruppe Haushaltskonsolidierung anpassen und gleichzeitig Mehreinnahmen in nicht ganz unbeträchtlicher Höhe von etwa 80 T€ generieren.

Auch die CDU-Fraktion sieht es in der Person ihres Fraktionsvorsitzenden, Herrn Kollegen Adam Bösz, als große Herausforderung für die nächsten Jahre „den weiteren Abbau von Schulden (..), da nicht davon auszugehen sei, dass es bei diesem niedrigen Zinsniveau endlos so bleibe“, Zitat aus der letzten Hochheimer Zeitung. Dieser Punkt ist für uns alle sehr wichtig und wir stimmen fraktionsübergreifend zu. Betrachtet man die globale Zinsentwicklung, z.B. der amerikanischen Notenbank - welche Ende letzten Jahres eine Erhöhung des Leitzinses verabschiedete und damit eine Wende in der „Null-Zins-Politik“ startete - ist es nahezu fahrlässig, jetzt nicht für die kommenden Jahre vor zu sorgen!

Daher bedauern wir es sehr, dass sich für unseren Änderungsantrag vergangenen Donnerstag keine Mehrheit fand.

Meine Damen und Herren,

vieles wird glücklicherweise durch Ehrenamt in Hochheim geleistet, auch in der Flüchtlingshilfe, dafür danken wir und darauf sind wir stolz. Die Hauptarbeit bleibt aber bei den zuständigen Ämtern und Behörden. Es ist nicht alles mit Ehrenamt zu leisten!

Deshalb: Wir bitten Sie darum, der Schaffung einer auf zwei Jahre befristeten 450€-Stelle zur Integration anerkannter Geflüchteter für diesen Haushalt noch zuzustimmen, eine Änderung zum letzten Donnerstag verabschiedeten Antrag zur FSJ-Stelle.

Es geht uns ganz konkret um die Integration der anerkannten Asylsuchenden. Diese gehen nach ihrer Anerkennung in die Obhut der Stadt über und gelten fortan als Obdachlose, sollte die Stadt keine Wohnung oder Unterkunft bereit halten können. Dieses Problem wurde von allen Beteiligten, wie der Verwaltung, dem Magistrat und den in Hochheim politischen Entscheidungsträgern frühzeitig erkannt; man begann Wohnraum vorzuhalten. Dabei treffen häufig mehrere Geflüchtete in Wohngemeinschaften zusammen. Um diese in der Stadt integrieren und weiter betreuen zu können, sind große Anstrengungen, persönlicher Einsatz und individuelle Begleitung notwendig. Frau Kranz und ihr Team leisten dabei hervorragende Arbeit, wofür wir uns an dieser Stelle einmal ausdrücklich bedanken wollen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass Unterstützung unbedingt notwendig ist und haben heute über das Präsidium der STVV noch diesen Änderungsantrag eingebracht.

Die Kosten für eine in dieser Art gestaltete Unterstützung belaufen sich auf etwa 5.400 €/pro Jahr. Wir meinen, eine Summe, die uns die Integration und die Hilfe für Menschen, die durch Flucht, Vertreibung und die völlige Aufgabe ihres bisherigen Lebens geprägt sind, wert sein sollte! Auf zwei Jahre befristet möchten wir diese Stelle deshalb, da wir mit den nächsten Haushaltsberatungen Ende 2018 die Notwendigkeit überprüfen können und, falls notwendig, diese Stelle verlängern können.

Wir haben deshalb nach Rücksprache mit dem entsprechenden Amt 4 eine Änderung zum ursprünglich gestellten Antrag auf eine FSJ-Stelle vereinbart. Die Verwaltung hat uns veranschaulicht, dass diese Stelle eine recht lange Einarbeitungszeit von etwa drei Monaten benötigt. FSJ- oder BFD (Bundesfreiwilligen Dienst)-Stellen sind auf ein Jahr befristet, dabei ist keine Verlängerung möglich. Dies hätte zur Folge, dass sehr viel Zeit investiert werden muss, was zu einem Mehraufwand für das Team führt. Unser Antrag zielt allerdings auf eine Entlastung der Mitarbeiter ab, keinesfalls auf mehr Arbeit!

Gleichwohl werden wir weiter die Situation kritisch beobachten, da eine FSJ (oder BFD) Stelle in der Regel 40 Wochenstunden Beschäftigung hat und eine 450€-Stelle nur 12 Stunden. Falls die 450€-Stelle somit nicht genug Entlastung bringt, behalten wir uns vor, dies in einer Änderung über die STVV zu korrigieren.

Eine 450€-Stelle betrifft nicht den Stellenplan. Die Prämisse, die Vorgabe aus der Haushaltskonsolidierung einzuhalten und keine Neuanstellungen über den vorhandenen Stellenplan hinaus zuzulassen, wird weiterhin erfüllt. Ihr fühlen wir uns vom Grundsatz her verpflichtet. Dies ist insofern relevant, als dass wir eine Vereinbarung zum Stellenplan mit BGM Westedt getroffen hatten; diese kam heute bereits zur Sprache.

Dass die Notwendigkeit zu einer weiteren Architektenstelle besteht, ist angesichts der Vielzahl der Bauvorhaben in Hochheim unstrittig. Trotzdem hatten Sie, Herr Bürgermeister, die Zusage einer auf zwei Jahren befristeten Stelle gegeben. Dies sollte mit dem KW Vermerk auf eben diese bzw. eine gleichwertige Stelle dokumentiert werden. Unter dieser Voraussetzung gaben wir von Bündnis 90 / Die Grünen unsere Zustimmung. Ebenso haben wir frühzeitig signalisiert, die Besetzung dieser Stelle zu verlängern, sollte die Notwendigkeit hierzu nach den zwei Jahren bestehen. Davon ist Stand heute auszugehen.

Als der Haushalt kurz vor dem Hochheimer Markt von Ihnen eingebracht wurde, waren wir schon irritiert, dass der KW Vermerk auf einer komplett anderen und dazu auch noch auf einer, gehaltsmäßig nicht im Ansatz vergleichbaren, Stelle lag. Auch Ihre „Korrekturmöglichkeit“ über die Änderungsanträge des Magistrates hat die Situation nicht wesentlich verbessert. Die Kosten für die Stadt bleiben zwar nun auf dem selben Stand, die Stelle ist allerdings geschaffen und unbefristet besetzt, konträr unserer Absprache. Wir wünschten uns schon für die zukünftige gedeihliche Zusammenarbeit, dass Vereinbarungen Gültigkeit haben und Sie nicht solange den Stadtverordneten Vorlagen liefern, bis Sie Ihr Ziel erreicht haben.

Trotz alledem wird meine Fraktion dem vorgelegten Plan nach Rückzug des FWG Änderungsantrages zustimmen, da wir keine „Blockade-Politik“ machen wollen und der Änderungsantrag zur Streichung von 2.5 Stellen geführt hätte, wie mein Kollege Eric Müller bereits erklärte. Dies hielten wir für nicht zielführend und stünde im Gegensatz zur bisher ansonsten konstruktiv verlaufenden Zusammenarbeit. Gleichwohl werden wir zukünftig genau darauf achten, was Sie, Herr Westedt, versprechen und dann auch halten sollten.

Zum Änderungsantrag der FWG, betreffend des Produktes „Kinder- und Jugendarbeit“ hatten wir uns im Fachausschuss enthalten. Wie Herr Westedt mitteilte, hat der neue Blitzler auf der Massenheimer Landstraße einiges an Geld in die Stadtkasse gespült und wir sind der Meinung, dass dieses nicht ausschließlich der Ergebnisverbesserung im Haushalt zuträglich sein soll, sondern eben auch daraus diese Maßnahme zur Verschönerung der Bahnstufunterführung geleistet werden soll. Diese ist schließlich als eines unserer Eingangstore durchaus von symbolischem Wert. Vielleicht fühlen sich die „Geblitzten“ dann auch eher bereit, auf den ÖPNV umzusteigen.

Bevor ich zum Schluss meiner Rede komme, bleibt festzuhalten, dass die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen der Ausschussempfehlung zum Doppelhaushalt 2017/2018, der Haushaltssatzung, dem Investitionsprogramm, den Budgetierungsrichtlinien, dem Änderungsantrag der FWG und danach dem Stellenplan zustimmt.

Ich danke der Verwaltung, besonders Ihnen, Herr Petry, für die von Ihnen geleistete Arbeit, Klärung diverser Fragen und den immer freundlichen Umgang. Ebenso allen Mitarbeitern der Verwaltung, ohne die unsere Stadt nicht so funktionieren würde.

Weiterhin danke ich allen Kolleginnen und Kollegen des Hauses für die kritische und trotzdem konstruktive Zusammenarbeit in der jetzigen Wahlperiode und Ihnen, meine Damen und Herren für ihre Aufmerksamkeit.

Einen schönen und unterhaltsamen Abend noch!